

Dienstag, 10. Feber 2009 - Eine andere Information ist möglich!

POLITIK



Spenden verboten für Umwelt und
Tierschutz in Österreich (c) Glocalist
Medien

Spendenabsetzbarkeit: Jeder ist verdächtig

Wien (13.1.09): Das Thema Spendenabsetzbarkeit treibt seltsame Blüten in Österreich. Jüngst eingeführt unterscheidet der Staat zwischen guten und bösen NGOs. Und jetzt setzt der Staat die SpenderInnen unter allgemeinen Betrugsverdacht.

Wie ausführlich auf Glocalist Daily News berichtet, hat Österreich als letztes EU-Land die Spendenabsetzbarkeit vor wenigen Wochen eingeführt. Diese Gesetzgebung war begleitet von heftigen Protesten von NGOs, da die meisten NGOs von der Spendenabsetzbarkeit einfach ausgeschlossen wurden, so beispielsweise der WWF, Greenpeace und alle Tierschutzorganisationen (sh. dazu ausführlichen Bericht auf Glocalist Daily News >> www.glocalist.com/news/kategorie/soziales/titel/geschafft-2-klassen-zivilgesellschaft-in-oesterreich/).

Mit scharfer Kritik reagieren nun österreichische Hilfsorganisationen auf einen Entwurf zur Absetzbarkeit von Spenden, der am 14. Jänner 2009 in die Begutachtung geschickt werden soll.

Die von Finanzminister Pröll vorgeschlagene Regelung würde hohe Verwaltungskosten und damit zusätzliche Belastungen für Spenden werbende Organisationen bringen. Abgelehnt wird weiters die Idee, dass SpenderInnen in Zukunft ihre Sozialversicherungsnummer bekannt geben müssen, um ihre Spende absetzen zu können. Damit werde jede/r SpenderIn pauschal als Steuerbetrüger verdächtigt, so der IÖGV. Außerdem sei dies datenschutzrechtlich bedenklich, was zu einer weiteren Verunsicherung von SpenderInnen führen würde.

Die in der IÖGV (Interessensvertretung Österreichischer Gemeinnütziger Vereine) vertretenen Hilfsorganisationen fordern weiters die Aufnahme von Umwelt- und Tierschutzorganisationen und die Einführung einer Spendenbestätigung statt der Angabe der Sozialversicherungsnummer.

"Die Einführungskosten - Information der SpenderInnen, Datenverwaltungskosten und zusätzliche Prüfungskosten - könnten im ersten Jahr insbesondere bei kleineren Organisationen die gesamten zusätzlichen Einnahmen übersteigen. Dazu kommt, dass viele SpenderInnen durch die erzwungene Bekanntgabe der Sozialversicherungsnummer abgeschreckt werden, ihre Spende abzusetzen oder sogar überhaupt zu spenden.", kritisiert Wolfgang Martinek, Vorstand der IÖGV und stellvertretender Geschäftsführer von CARE Österreich.

Weiters würde im Gesetzesentwurf der Prävention und somit dem Vermeiden zukünftiger Probleme keinerlei Bedeutung zugemessen, und auch der Begriff der Mildtätigkeit sei nicht klar geregelt "Es ist unbegreiflich, warum Forschung und Behandlung, beispielsweise von Krebserkrankungen absetzbar sein sollen, deren Prävention in Form von Aufklärung über Krebsvorsorge jedoch nicht", erläutert Hildegard Aichberger, Vorstand der IÖGV und Geschäftsführerin des WWF.

"Der Entwurf schließt weiterhin Umwelt- und Tierschutzorganisationen aus. Dies ist ein verfassungsrechtlich unhaltbarer Akt politischer Willkür und nicht, wie von Minister Pröll behauptet, ökonomische Notwendigkeit, da dieser Bereich in Summe nur 8 % des Gesamtspendenvolumens von rund 400 Millionen Euro ausmacht." so Helmut Dugler, Gründer und Präsident der Tierschutzorganisation VIER PFOTEN.